

Stadtparlament: GGR Vorlage

Nr. 1603.1

Stadtpolizei/Kantonspolizei: weitere Abklärungen

Nachtragskreditbegehren

Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 11. Juni 2001

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinerates der Stadt Zug hier der Bericht zur Vorlage 1603 (Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. Juni 2001).

Zusammenfassung

Die „Expressvorlage“ erfüllt zwar nicht die qualitativen Anforderungen, die an den Inhalt im Normalfall vorausgesetzt werden dürfen. Angesichts der Dringlichkeit und des durch den GGR erteilten Auftrags soll dem Antrag des Stadtrats aber zugestimmt werden.

Die GPK empfiehlt Ihnen, den beantragten Kredit von Fr. 200'000.— zu bewilligen.

Die Motion soll entgegen dem Antrag des Stadtrats jedoch noch nicht abgeschrieben werden.

Ausgangslage

An der Sitzung vom 5. Juni überwies der GGR die Motion „Unterstützung des Stadtrates bei den Fusionsgesprächen Stadtpolizei/Kantonspolizei“ mit dem Auftrag, hierzu einen Nachtragskredit von mind. Fr. 200'000.— zu beantragen.

Mit der Vorlage vom 7. Juni 2001 kommt der Stadtrat nun schnell dem erteilten Auftrag nach, da ihm an einer förderlichen Behandlung gelegen ist.

An gleicher Sitzung wurde auch die Motion „Gemeindepolizei für die Stadt Zug“ erheblich erklärt, welche Chancen und Nutzen einer eigenen Gemeindepolizei (Polizei Zug Stadt) darlegen soll.

Behandlung in der Kommission

Die GPK beriet lediglich zu fünft am 11. Juni 2001 das Nachtragskreditbegehren mit dem Stadtpräsidenten Christoph Luchsinger. Kommissionspräsident Stefan Ulrich und GPK-Mitglied Hans-Beat Uttinger waren verhindert.

Eintreten auf die Vorlage wurde stillschweigend beschlossen.

Der Stadtpräsident erläuterte kurz die Dringlichkeit. Der Stadtrat will die Fusionsverhandlungen möglichst wenig verzögern und während den Sommerferien handlungsfähig bleiben. Die Vorlage sei über einen Zirkulationsbeschluss verabschiedet worden. Auch seien noch keine Details über alle sinnvollen und angebrachten Abklärungen festgelegt, wofür man Verständnis haben sollte.

Für die betriebswirtschaftliche Abklärung der Fusionskosten sei man um externe Unterstützung froh, die versicherungstechnischen Fragen zur Pensionskasse sind jedoch grösstenteils im Mandat zu deren Sanierung bereits berücksichtigt. Ein Teil des Kredits wird auch zu Gunsten der Darlegung verwendet werden, welcher die rechtliche Prüfung der Rahmenbedingungen und die sachlichen Aspekte zur Motion „Gemeindepolizei für die Stadt Zug“ umfasst.

Der Stadtrat geht momentan davon aus, dass nicht der ganze Kredit gebraucht wird.

Die Kommissionsmitglieder sind mit dem Antrag einverstanden, weshalb auch keine Diskussion darüber stattfand. Lediglich ein Mitglied, welches schon die Motionen nicht unterstützte, äussert sich zur wenig komfortablen Lage. Im Sinne einer förderlichen Behandlung und angesichts des vom GGR erteilten Auftrags wurde aber trotzdem Zustimmung signalisiert.

Mehrheitlich ist die Kommission mit der Abschreibung der Motion nicht einverstanden. Diese soll erst erfolgen, wenn ein Bericht mit den Resultaten der Abklärungen vorliegt. Dem wurde aber entgegengehalten, dass der eigentliche Zweck mit der Kreditbewilligung bereits erreicht sei.

Mit 3:2 Stimmen beschloss die Kommission, die Motion nicht abzuschreiben.

In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission dem Antrag des Stadtrats und damit dem Kreditbegehren von Fr. 200'000.— mit 5:0 zu.

Antrag

Der Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen

- auf die Vorlage 1603 einzutreten
- für die Abklärungen im Zusammenhang mit dem Projekt „Zuger Polizei“ zu Lasten der Laufenden Rechnung 2001 einen Nachtragskredit von Fr. 200'000.-- zu bewilligen.
- die Motion Uttinger/Kündig betreffend „Unterstützung des Stadtrates bei den Fusionsgesprächen Stadtpolizei/Kantonspolizei“ noch nicht von der Geschäftsliste abzuschreiben.

Zug, 14. Juni 2001

Für die Geschäftsprüfungskommission des
Grossen Gemeinderats der Stadt Zug
Werner Golder, Vizepräsident